

INVESTITIONEN

Die fatale Null

VON ALEXANDER HAGELÜKEN

Wenn auf eine Staatengemeinschaft schon nostalgische Rückblicke geworfen werden, ist höchste Alarmstufe angesagt. Der aktuelle Nobelpreis-Ökonom Bengt Holmström befand dieser Tage, die Hochzeiten der Europäischen Union seien wohl die 90er-Jahre gewesen. Also bevor die EU eilig ihre Mitgliederzahl verdoppelte. Bevor sie Finanz-, Euro- und Flüchtlingskrise durchlitt. Holmström findet es angesichts des derzeitigen Zustands der Gemeinschaft naiv, dass niemand auf den Austritt der zweitgrößten europäischen Wirtschaftsunion Großbritannien vorbereitet war.

In der Tat wirkt die Europäische Union nach all den Krisen ausgelaugt und mutlos. Vorbei die Jahre, als Emissäre aus Asien in Brüssel vorstellig wurden, weil sie das Modell für ihren Kontinent kopieren wollten. Zu vielen Bürgern in zu vielen Staaten stecken magere Rezessionsjahre in den Knochen. Nach dem Brexit-Votum erscheint erstmals ein Verfall der EU denkbar. Wie gesagt, höchste Alarmstufe.

Europa muss wirtschaftspolitisch gegensteuern, um noch mehr Populisten zu verhindern

Und nun droht die Gemeinschaft auch noch weitere moderate Regierungen in großen Mitgliedsstaaten einzubüßen, was den Verfall zur realen Gefahr macht. In Italien könnte der Reformator Matteo Renzi über seine Reform der parlamentarischen Entscheidungsstrukturen stolpern. Noch gravierender: In Frankreich könnte Marine Le Pen nach dem Vorbild von Donald Trump die Macht ergreifen. Man muss sich mal so einen Brüsseler Gipfel vorstellen: Die sechs größten Staaten repräsentiert durch Marine Le Pen, einen Renzi-Nachfolger Beppe Grillo, einen spanischen Minderheitspremier, eine britische Brexithessa und einen polnischen Rechtspopulisten. Da bleibt als Hoffnung nur die ewige Kanzlerin.

Damit Europas Zukunft anders aussieht, ist es höchste Zeit, wirtschaftspolitisch gegenzusteuern. Durch Zusammenarbeit die ökonomische Lage in vielen Mitgliedsstaaten zu verbessern. Durch eine schnelle Verbesserung dieser Lage zu verhindern, dass noch mehr Populisten an die Macht gelangen. Vor allem die französische Wahl wird entscheidend.

Es gibt wirtschaftspolitisch eine kurz- und eine langfristige Perspektive. Lang-

fristig müssen Europas Regierungen die Strukturreformen fortsetzen, die sie mühevoll begonnen haben. Es gibt im Zeitalter der Globalisierung keine ernsthafte Alternative dazu, Arbeitsplätze wettbewerbsfähig zu gestalten und klassische Sozialausgaben zu begrenzen. Und in fast allen Krisenstaaten hat sich die Konjunkturja schon wieder verbessert. Neben diesen Reformen muss sich Europa auf das Besinnen, was so viel ökonomischen Erfolg bescherte, dass die Emissäre aus Asien anreisten: auf den Binnenmarkt, der die deutsche Wirtschaftsleistung um mindestens ein Viertel erhöhte. Es braucht nun einen neuen Binnenmarkt des Digitalen, der Energie und der Finanzprodukte.

Doch all diese Maßnahmen wirken eben langfristig. Damit Europa überhaupt ein Club der Vernünftigen bleibt, die solche zähen Projekte verfolgen, bedarf es einer kurzfristig wirksamen Strategie: Steuersenkungen für breite Schichten und massive Investitionen der Staaten in Infrastruktur wie Verkehrs- und Datennetze, um rasch die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Um den Bürgern während all der Strukturreformen zu verdeutlichen, dass sich ihre Mühen lohnen. Um, als Nebeneffekt, in Spanien eine dauerhafte Regierung der Mitte etablieren zu helfen. Um einen Premier Renzi zu stützen, selbst wenn er das Referendum über seine Verfassungsreform verliert. Um eine Präsidentin Marine Le Pen zu verhindern.

Aber drücken die erwähnten Länder nicht hohe Schulden? Gehen sie nicht ohnehin höhere Defizite ein, als der Stabilitätspakt vorsieht? Das ist richtig. Nach den erschütternden Erfahrungen der Euro-Krise muss die Währungsunion darauf achten, sich nicht Hals über Kopf zu verschulden. Deshalb sollte die Strategie so aussehen: Europa erlaubt Italien oder Frankreich vorübergehend höhere Ausgaben, wie es ohnehin geschieht. Die größten Ausgaben aber tätigen jene Länder, die solidere Haushalte haben: kleinere Staaten von den Niederlanden über Österreich, Irland und die Balten bis nach Finnland. Und vor allem Deutschland, wo fast jeder sechste EU-Bürger lebt.

Die Brüsseler Kommission schlägt vor, dass die Eurostaaten 2017 im Schnitt ein halbes Prozent ihrer Wirtschaftsleistung mehr ausgeben als geplant. Im Schnitt, das heißt: Wer es sich wie Deutschland leisten kann, soll mehr Geld in die Hand nehmen. Die Reaktion von Finanzminister Schäuble war brüske Ablehnung. Schäuble und Co. schicken sich auf diese Weise an, Europa auf ihrer schwarzen Null in den Abgrund zu reiten.

VON CHARLOTTE THEILE

Zürich – Nun also auch noch Joe Kaeser. Der Siemens-Chef fordert „eine Art Grundeinkommen“, beziehungsweise: Er erklärte, ein solches werde über kurz oder lang „völlig unvermeidlich“ sein. Die Idee, jedem Menschen jeden Monat eine fixe Summe auszuzahlen, einfach, weil er am Leben ist, hat einen weiteren prominenten Unterstützer erhalten.

Bemerkenswert sind daran zwei Dinge: Zum einen steht der Vorstandsvorsitzende von Siemens nicht im Verdacht, ein linker Romantiker zu sein. Zum anderen begründet Kaeser seine Unterstützung mit einer gesellschaftlichen Entwicklung, die derzeit allen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Medien zu schaffen macht: Immer mehr Menschen würden „mit der Geschwindigkeit der Welt nicht mehr mitkommen“, sich abgehängt fühlen. Kaeser glaubt: Das bedingungslose Grundeinkommen könnte ihnen eine Perspektive bieten. Das klingt gut. Um ehrlich zu sein: fast zu gut. Hieß es nicht immer, das Grundeinkommen mache den Menschen faul? Es sei ohnehin nicht zu finanzieren? Zeit, die wichtigsten Fragen zum Grundeinkommen zu beantworten.

Warum wird gerade jetzt wieder über das Grundeinkommen diskutiert?

Das Grundeinkommen erscheint wie die logische Antwort auf eine ökonomische Entwicklung, in der intelligente Computersysteme immer mehr Aufgaben übernehmen. Im Silicon Valley, wo fast im Minutentakt Firmen entstehen, haben Menschen häufig nur noch eine unbedeutende Nebenrolle: als Über-Fahrer, als On-demand-Putzkraft. In einem nächsten Schritt könnten diese prekären Jobs sogar von selbstfahrenden Autos oder Robotern übernommen werden. Auch die deutsche Automobilindustrie, in der Hunderttausende Arbeitskräfte beschäftigt sind, sieht sich durch die Digitalisierung vor existenziellen Herausforderungen. Was geschieht mit diesen Arbeitskräften, wenn durch intelligente Software immer mehr Arbeitsschritte überflüssig werden? Die Antwort auf diese Frage dürfte in den kommenden Jahrzehnten über den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheiden.

Wie hoch soll das Grundeinkommen sein?

In Deutschland ist oft von 1000 Euro im Monat die Rede. In der Schweiz, wo das Grundeinkommen im Juni an einer Volksabstimmung scheiterte, ging man von 2300 Euro aus. Grund sind höhere Lebenshaltungskosten. Die Überlegung ist überall ähnlich: Das Grundeinkommen soll jedem ein würdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Doch auch hier gibt es Fragezeichen: Was ist zum Beispiel mit behinderten Menschen, die für ihre Versorgung mehr Geld benötigen?

Wie soll das finanziert werden?

In Deutschland geht man davon aus, dass die Idee gut eine Billion Euro kosten würde. Zum Vergleich: Das sind 200 Milliarden Euro mehr, als Bund, Länder und Gemeinden zusammen ausgeben. In unterschiedlichen Rechenbeispielen wurde versucht, die Finanzierung darzulegen. Eine der populärsten Ideen wurde in der Schweiz verhandelt: Das Grundeinkommen wird auf die Einkünfte angerechnet. Wer 2400 Euro netto verdient, bekäme die gleiche Summe: 1000 Euro Grundeinkommen, 1400 Euro Arbeitseinkommen. Die Schweizer hatten zudem über eine Mehrwertsteuererhöhung nachgedacht. Linke Politiker in Deutschland haben andere Modelle im Blick: etwa ein emanzipatorisches Grundeinkommen, das über stärkere Besteue-



ILLUSTRATION: STEFAN DIMITROV

Geld für jeden, einfach so

Wovon leben die Menschen, wenn schlaue Roboter ihre Arbeit erledigen? Sogar Wirtschaftschefs antworten inzwischen mit einer radikalen Idee: dem bedingungslosen Grundeinkommen

NAHAUFNAHME



„Es ist wirklich eine Ironie, dass ich der Regierung mit DolarToday von Alabama aus mehr schade als zu meiner Zeit als Soldat in Venezuela.“
Gustavo Díaz
FOTO: OH

Angriff aus Alabama

Wie ein US-Baumarkt-Verkäufer Venezuelas Regierung erzürnt

Es ist nicht so, dass Gustavo Díaz es nicht auch schon auf die harte Tour versucht hätte. Als im April 2002 eine Gruppe von Militärs und Geschäftsleuten versuchte, den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez gewaltsam zu stürzen, war Oberst Díaz mit Feuereifer dabei gewesen. 48 Stunden lang diente er den neuen Herren als Vize-Sicherheitschef – dann fiel der miserabel vorbereitete Putsch in sich zusammen.

Heute sagt Díaz, seine Verschwörerstage seien lange vorbei, und wer sieht, wie er in einem Baumarkt im US-Bundesstaat Alabama Kunden beim Schraubenkauf berät, hegt wohl kaum Zweifel an seinen Worten. Tatsächlich jedoch stellt der Ex-Offizier für die immer noch regierenden Sozialisten in Caracas eine weitaus größere Gefahr dar als vor anderthalb Jahrzehnten. Denn auch wenn Díaz Präsident Nicolás Maduro, den Nachfolger des 2013 verstorbenen Hugo Chávez, nicht mehr mit Panzern und Gewehren bedroht – er hat eine viel wirksamere Waffe gefunden: Transparenz.

Von seiner neuen Heimatstadt Hoover aus betreibt er einen Twitter-Account mit 2,6 Millionen Followern und die Webseite DolarToday.com, auf der die 800 000 täglichen Nutzer vor allem zwei Dinge finden: Nachrichten, die Maduro in einem schlechten Licht zeigen, und – aus Sicht des Präsidenten schlimmer – den Schwarzmarktkurs des Bolívars zum Dollar. Die mittlerweile vierstellige Zahl dient vielen Venezolanern nicht nur als einzig verbliebene verlässliche Geschäftsbasis, sondern auch als kürzest denkbare Beleg dafür, wie schlecht es um sie steht: Laut Internationalen Währungsfonds wird die unter Verstaatlichungen, Preis- und Kapitalverkehrskontrollen ächzende Wirtschaft des Landes allein in diesem Jahr um zehn Prozent schrumpfen, die Inflationsrate dürfte 2017 auf 1700 Prozent explodieren. Schon heute sind Strom und Medikamente Mangelware, manche Menschen hungern gar.

Einen offiziellen Wechselkurs gibt es nicht, der Wert schwankt vielmehr je nach Importgut zwischen zehn und gut 600 Bolívar je Dollar. Wie es jedoch im Leben der Menschen tatsächlich aussieht, zeigt ein Blick auf Díaz' Webseite: Sie errechnet jeden Tag aus den Kursen der vielen illegalen Wechselstuben in Venezuela und den Angeboten in sozialen Netzwerken einen Schwarzmarktschnitt. Demnach kostete ein Dollar am Montag 1968 Bolívar, fast dreimal so viel wie noch vor einem Jahr.

Maduro hat Díaz und dessen Mitstreiter schon beschuldigt, einen Wirtschaftskrieg gegen Venezuela zu führen, sein Vize Aristóbal Istúriz, ganz offensichtlich „Star Wars“-Kenner, bezeichnete die DolarToday-Macher gar als Söldner des „Imperiums“ – der USA. Díaz ist immer noch erstaunt, wie treffsicher seine neue Waffe ist. „Es ist wirklich eine Ironie, dass ich der Regierung mit DolarToday von Alabama aus mehr schade, als ich es zu meiner Zeit als Soldat in Venezuela vermochte“, erzählte er dem *Wall Street Journal*, das seine Geschichte bekannt gemacht hat.

Dabei hat der 60-Jährige gewissermaßen sogar dazu beigetragen, die Lage in seiner früheren Heimat zu stabilisieren: Unternehmer, Handwerker und Ärzte haben dem *Journal* berichtet, dass DolarToday bei vielen Geschäften als Richtschnur diene und zumindest das tägliche Kurs-Gefühl überflüssig gemacht habe. Die Regierung indes wehrt sich, indem sie Gerüchte in die Welt setzt, etwa das, Díaz habe die Webseite längst für Millionen verkauft. Alles Lüge, sagt der Betroffene: Das einzige, was er und seine beiden Partner über DolarToday einnähmen, seien monatlich 4500 Dollar aus Werbeerlösen. Ansonsten fahre er weiterhin jeden Tag mit seinem Toyota Corolla zum Baumarkt. „Hätten wir die Webseite verkauft“, so der Internetrebell, „dann wäre ich jetzt in einem Maserati weit weg.“ CLAUDIA HULVERSDT

München – Immer wieder der Jutebeutel. In keiner Beschreibung des jungen Mannes blieb er unerwähnt. Der Jutebeutel ist dieser Tage die Gucci-Tasche des viel beschriebenen urbanen, digitalen Prekariats. „Cotton ist das neue Croco“, steht auf mancher der Taschen. Ein Mann, der so etwas statt einer Lederaktentasche trägt, gilt als jung, hip, innovativ. Als Michael Bohmeyer, 32 Jahre, Vater, Onlinefirmenbesitzer und politischer Aktivist, im Jahr 2014 inklusive Jutebeutel antrat, um ein bedingungsloses Grundeinkommen per Crowdfunding zu finanzieren, war er deshalb nicht nur Vordenker. Sondern das perfekte Symbol für die Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die verstärkt Aufmerksamkeit bekommt und zuletzt in der Gründung einer Ein-Themen-Partei mündete. Jene will zur Bundestagswahl 2017 antreten, um die Debatte zu diesem Thema voranzutreiben.

Doch so sehr das Grundeinkommen als moderne und linke Idee gilt, so wenig ist es das. Natürlich ist es fraglich, was alles schon als Grundeinkommen gilt – die Forderung nach gleichen Lebenschancen bereits oder erst ein konkreter Geldbetrag. Doch berühmte Persönlichkeiten, die etwas Ähnliches fordern, gibt es seit mehr als 200 Jahren. Aktivist und Philosoph Thomas Paine etwa plädierte 1796 für Einmalzahlungen für alle Bürger und Grundrenten ab 50 Jahren. Auch der Ökonomie-Nobelpreisträger Milton Friedman wird als Vertreter zitiert, wenn auch in einer aus heutiger Sicht extrem neoliberalen Form. Die weitere Riege reicht vom Psychoanalytiker Erich Fromm bis zum amerikanischen Bürgerrechtler Martin Luther King, seit 1986 gibt es ein weltweites Netzwerk entsprechender Organisationen.

Während die Theorie auf unzähligen Konferenzen besprochen wurde, kam auch die Praxis nicht zu kurz. Experimente, die von einer Negativen Einkommen-

steuer von Kapitalgeschäften und Luxusgütern finanziert wird. In liberalen Kreisen spricht man von einer Grundsicherung, die durch eine negative Einkommensteuer ergänzt würde. Das heißt: Zusätzlich zur Grundsicherung, die oft deutlich niedriger als 1000 Euro angesetzt ist, müsste man bis zu einem gewissen Verdienst keine Steuern zahlen – und hätte damit einen starken Anreiz, arbeiten zu gehen.

Ist das Grundeinkommen eine linke Idee?

Wer nicht für seinen Unterhalt sorgen kann, wird auch heute finanziell unterstützt. Das Grundeinkommen würde vor allem einen wesentlichen Teil der staatlichen Bürokratie überflüssig machen, weil niemand prüfen würde, ob die Wohnung eines Hartz-IV-Empfängers zu groß ist. Die-

ser Bürokratieabbau macht die Idee auch in wirtschaftsliberalen Kreisen populär. Linke kritisieren dagegen, dass der Staat seine Fürsorgepflicht vernachlässigt und durch einen Dauerauftrag ersetzt. Grundsätzlich gilt: Ob das Grundeinkommen zur Umverteilung beiträgt, hängt von seiner Höhe ab – und die ist Verhandlungssache.

Wie würde das Grundeinkommen die Arbeitswelt verändern?

Für viele Befürworter des Grundeinkommens ist klar: Kurzfristige Arbeitslosigkeit ist heute keine Katastrophe mehr. Man wechselt den Job, ein Projekt läuft aus, ein paar Wochen Ferien, durchatmen, wunderbar. Das zeigt auch, wer von der Idee besonders profitieren würde: junge Kreative, die wenig Verpflichtungen haben und Wert

auf Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung legen. Auf der anderen Seite könnten Arbeitgeber das Grundeinkommen zum Anlass nehmen, Mitarbeiter je nach Bedarf einzustellen und zu entlassen. Auch mit 1000-Euro-Dauerauftrag ist das ganz schön unsicher.

Macht es die Menschen faul?

Vermutlich nicht. In Umfragen erklären die meisten, ihren Job auch mit Grundeinkommen ausüben zu wollen. Auch jene, die das Einkommen in Experimenten ausgezahlt bekommen haben, sagen, sie hätten sich neue, spannende Aufgaben gesucht. Menschen wollen sich einbringen, an der Gesellschaft teilhaben. Ein Vertrauensvorschuss wie das Grundeinkommen könnte sogar eher beflügelnd als lähmend wirken.

Eine Idee, viele Interpretationen

Martin Luther King war dafür, Milton Friedman auch: Das Grundeinkommen hat sehr unterschiedliche Anhänger

steuer bis zu einer Sozialdividende reichen, gab es schon in Ländern von Namibia bis Indien; allein fünf Feldversuche fanden in Nordamerika zwischen 1968 und 1980 statt. Darunter der bis heute bekannteste Versuch in der kanadischen Stadt Dauphin. Die Daten von damals wurden 2011 erneut untersucht, mit dem Fazit, dass ein Grundeinkommen zu sozialen und gesundheitlichen Verbesserungen führen könnte. In Deutschland hat die Debatte ihre Ursprünge in der Erwerbslosenbewegung der Achtzigerjahre. 2004 dann wurde das Netzwerk Grundeinkommen gegründet, 2007 veröffentlichte der dm-Gründer Götz Werner ein Buch. Seitdem hat sich einiges getan, national wie international: Der eingangs erwähnte Michael Bohmeyer hat mit der Initiative „Mein Grundeinkommen“

46570 Spender überzeugt, die bisher 63 einjährige Grundeinkommen von 1000 Euro pro Monat finanziert haben. Und obwohl die Schweizer im Juni dieses Jahres gegen ein Grundeinkommen abgestimmt haben, entstehen neue Modellversuche: In Finnland läuft von 2007 an ein Projekt, Ähnliches ist in den Niederlanden geplant.

Wirklich revolutionär wären neue Vorschläge zur Finanzierbarkeit

In den USA gibt es eine Initiative, die dem Berliner Crowdfunding ähnelt. Vor allem in den vergangenen Jahren sind es Wirtschaftsstimmen, die der Debatte Gehör verschafft haben: Für ein Grundeinkommen

haben sich Risikokapitalgeber Albert Wenger, Tesla-Chef Elon Musk, aber auch Marc Andreessen, der im Facebook-Aufsichtsrat sitzt und Sam Altman, Geldgeber für die Start-up-Szene, ausgesprochen.

Interessant ist, wer für welche Modelle plädiert. Deutsche Initiativen werden oft eher aus dem linken Lager unterstützt – nicht umsonst besteht eine Verbindung zwischen „Mein Grundeinkommen“ und der Aktion „Sanktionsfrei“ gegen Hartz-IV-Sanktionen. International sprechen sich oft Firmenchefs, Investoren und Ökonomen für ein Grundeinkommen aus. Dass viele Seiten sich jetzt für die Idee begeistern, ist logisch: Die Welt diskutiert über die Abgehängten und deren Wahlentscheidungen und über die Digitalisierung, die Jobs bedroht. Vor allem in Deutschland geht es seit der Agenda 2010 auch darum, wie sehr der Einzelne seine Bedürftigkeit nachweisen muss, um Geld aus dem Sozialsystem zu bekommen. Eine Idee, die auf viele der Probleme eine Antwort hat, findet naturgemäß breite Resonanz. „Die Tatsache, dass die Linkspartei, die Grünen, der Siemens-Chef, die Querfrontnazis und die Anthroposophen sich damit befassen, zeigt, dass es eine postideologische, anschlussfähige Idee ist“, sagt Bohmeyer.

Eine Crux lässt sich vorerst nicht auflösen: das ewige Totschlagargument der Gegner. Um die Effekte bewerten zu können, müsste man das ganze im großen Stil ausprobieren. Dafür sind zu viele Fragen offen: Wie soll das finanziert werden? Wer darf das Geld beziehen? Welche anderen Leistungen fallen dafür weg? „Von der abstrakten Einsicht bis zur reinen Umsetzung ist es ein weiter Weg“, sagt Soziologe Georg Vobruba. Er befasst sich seit Jahren mit dem Grundeinkommen. Für revolutionär hält er es deshalb nicht, wenn ein Wirtschaftsvertreter ein Grundeinkommen fordert – sondern wenn sich einer zur Finanzierbarkeit äußern würde. LEA HAMPEL



Von Telekom-Chef Timotheus Höttges (li.) bis zu Risikokapitalgeber Albert Wenger (re.): Die Zahl prominenter Grundeinkommensbefürworter steigt. FOTO: SZ, DPA

